

# Arbeiter und Arbeiterinnen

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Zeugpreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindenstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 10. Mai 1930

Nummer 38

### Bundesausschussung des ADGB.

Am 5. Mai trat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu seiner sechsten Tagung im Berliner Gewerkschaftshaus zusammen.

Der stellvertretende Vorsitzende Peter Graumann eröffnete die Sitzung mit Mitteilungen über die Zusammenfassung des Lehrkörpers der neuen Bundeschule, die am 4. Mai eröffnet worden ist und ihren ersten Lehrgang beginnt. Zum Leiter der Bundeschule hat der Bundesvorstand den Direktor der Staatlichen Schule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf, Dr. Seelbach, berufen. Als Lehrer sind ferner der Arbeitsrechtler Dr. Gussow, der bisher beim Deutschen Eisenbahnerverband tätig war, und Dr. Große, der insbesondere an der Volkshochschule Leipzig als Lehrer wirkte, gewonnen worden. In diesem Zusammenhange kam Graumann auch auf eine Bemerkung zu sprechen, die sich in dem Tätigkeitsbericht der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in dem Abschnitt über die Bildungseinrichtungen der freien Gewerkschaften findet. Dort wird die Behauptung aufgestellt, daß die Kosten für die Bundeschule in Bernau aus dem Ruhrfonds, der den Gewerkschaften seinerzeit von Seiten der Regierung bewilligt worden ist, bestritten worden seien. Der Bundesvorstand hat gegen diese in keiner Weise begründete, leichtfertig aufgestellte Behauptung in einem Schreiben an die Vereinigung ausdrücklich protestiert und gefordert, daß sie öffentlich widerrufen werde. Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände hat diesen Widerruf auch in ihrer Antwort zugesagt und im „Arbeitsgeber“ veröffentlicht. Der nationalsozialistische Innenminister Thüningens, Fried, hat im Laufe des Festzuges, den er gegen die Volkshochschulen Thüningens, insbesondere gegen Arbeiterbildungseinrichtungen führt, auch die Gelder für die Heimvolkshochschule Tinz vertragswidrig um zwei Drittel gekürzt. Über die Stellungnahme der Gewerkschaften gegen dieses unerhörte Vorgehen braucht kein Wort verloren zu werden. Da ein Verwaltungsstreitverfahren eingeleitet worden ist, werden sie zunächst den Ausgang abwarten. Der Bundesvorstand hat die Fortsetzung des jetzt laufenden Kurses gestrichelt. Graumann berichtete sodann über eine Reihe von Anträgen auf Geldbewilligungen, von denen nur einer herangezogen sei: Der Bundesvorstand hat für das Konjunkturforschungsinstitut weitere 5000 M. bewilligt und gleichzeitig zwei weitere Vertreter und zwei Stellvertreter ins Kuratorium des Instituts entsandt. In einem kurzen Bericht über den Stand der Verhandlungen über eine Reihe noch vorliegender Gesetzentwürfe erwähnte Graumann insbesondere die Entwürfe zu dem Arbeitsschutzgesetz, dem Berufsausbildungsgesetz, dem Vergarbeitsgesetz und dem Gesetz zum Verbot der Nachtarbeit Jugendlicher in der Glasindustrie. Besondere Maßnahmen vorzuschlagen, um den Zustrom junger Erwerbsuchender für einzelne Gewerbe abzurosseln, muß der Bundesvorstand ablehnen. Er hält es nur für möglich, die Jugendlichen davor zu warnen, Berufe zu ergreifen, in denen das Mißverhältnis von Arbeitsangebot und Arbeitsgelegenheit besonders groß ist.

Demnächst wird in einer Sonderbeilage der „Gewerkschaftszeitung“ über die vom Bundesvorstand durchgeführte statistische Erfassung der Tarife berichtet werden. Ferner werden in den nächsten Wochen in einer besonderen Broschüre die agrarpolitischen Fragen zur Erörterung gelangen; die Darstellung wird nur informativen Charakter tragen. Graumann schloß seinen Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes mit einem Abschluß über den Stand der Arbeiten des Vierländer-Komitees, das vom Internationalen Gewerkschaftsbund eingeleitet worden ist, um die Arbeitsverhältnisse, insbesondere in der französischen Metallindustrie (niedrige Löhne, hohe Arbeitszeit, Überstundenunwesen und dadurch erleichterte Konkurrenzmöglichkeiten für die französische Eisenindustrie) zu erforschen und über die Wege zu ihrer besseren Gestaltung zu beraten. Die Kommission wird emullich im August wieder zusammentreten.

Im Anschluß an den Bericht des Bundesvorsitzenden gab es eine (Bundesvorstand) einen Bericht über die Regelungen, die mit den verschiedenen Gewerkschaften, insbesondere dem Gesamtverband getroffen worden sind, um die Rechte der Mitglieder der Filmgewerkschaft zu wahren, die bekanntlich am 30. April aus dem Verband des ADGB ausgeschieden ist. Außerdem behandelte er die Frage der Anerkennung der 23jährigen Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften. Es ist über die Stellung der Verbände eine

Umfrage veranstaltet worden, die ergab, daß die große Mehrzahl der Organisationsmitglieder, die im Laufe von 25 Jahren verschiedenen Verbänden angehört haben, aber den Nachweis dieser Mitgliedschaft erbringen können, ebenso behandeln, wie die Mitglieder, die 25 Jahre einem Verband angehört haben. Diesen Standpunkt hält auch der Bundesvorstand für den allein richtigen.

Spliet (Bundesvorstand) sprach über die gegenwärtige Lage auf dem Arbeitsmarkt, die sehr ungünstige Zahlen aufweist und über die zukünftige Entwicklung keine günstige Prognose zuläßt. Der Beitrag in der Arbeitslosenversicherung bleibt im Gegensatz zu der von den Gewerkschaften gewünschten Regelung auf 3/5 Proz.; der feste Zuschuß des Reiches beträgt 150 Millionen; der sogenannte Rohfonds soll mit 80 Millionen gespeist werden. Tatsächlich wird man nur mit einer Zuschußmöglichkeit von rund 200 Millionen rechnen können, mit denen man aber aller Wahrscheinlichkeit nach nicht auskommen wird. Die Absichten der neuen Reichsregierung sind noch nicht bekannt, es ist nur vorgegeben, daß das Reichsarbeitsministerium bis zum 15. Mai Vorschläge über den Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben machen soll. Auch die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung soll Vorschläge unterbreiten. Daß im Vorstand der Reichsanstalt eine Einigung auf bestimmte Vorschläge erzielt werden kann, ist selbstverständlich ausgeschlossen. Die nächsten Monate werden daher neue Kämpfe um die Arbeitslosenversicherung bringen. Aus diesem Grunde hat der Bundesvorstand eine Entschließung vorgelegt, in der unter dem Hinweis auf frühere Stellungnahmen des Bundesvorstandes, unter anderem insbesondere die auf der letzten Ausschussung gefasste Entschließung hervorgehoben ist, erneut zu dem ganzen Fragenkomplex Stellung genommen wird. Spliet begründete sodann im einzelnen die in der Entschließung erhobenen Forderungen.

Der Bundesausschuss trat sodann in eine Debatte über den Bericht des Vorsitzenden ein und nahm einmütig die vorgelegte Entschließung zur Arbeitslosenversicherung an. Sie hat folgenden Wortlaut:

Der Bundesausschuss des ADGB, betont erneut, daß es sich bei dem Kampf um die Sozialversicherung in Wirklichkeit um die Verteilung der inneren Kosten in Deutschland handelt, die auf die Schultern der Arbeiterschaft abgewälzt werden sollen. Während auf der einen Seite dem Großarbeitslosen gewaltige Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, werden auf der anderen Seite an notwendigen Kosten des Sozialstaats merkwürdige Kürzungen vorgenommen. Daher ist es zur Zeit die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften, den gegen die Sozialpolitik gerichteten Angriff der vereinten ultrarechten Parteien abzuwehren und die Arbeiterfront darüber anzuklären, welche wichtigen sozialen Errungenschaften auf dem Spiel stehen und welche Ziele die neue Hitlerregierung verfolgt.

Wenn man aber auf Abban der Sozialpolitik gerichteten Bestrebungen erhebt der Bundesausschuss angefaßt der andauernden furchtbaren Lage des Arbeitsmarktes die Forderung nach Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und verfallenen sozialen Schicksal. Zum ersten geht es um die Wiederherstellung der Beschäftigung der Arbeiter, deren Arbeitslosigkeit bei fortschreitender Nationalisierung der Wirtschaft immer mehr hervortritt. Die Bereitstellung von Mitteln zum früheren Ausbau der Volkswirtschaft und zur Weiterführung aller öffentlichen und Arbeitsmarkt belebenden Arbeiten, des Wohnungsbaues, insbesondere des gemeinnützigen Wohnungsbaues; zum zweiten ist die Ausdehnung der Arbeitskräfte ein dringendes Gebot. Die Zahl von 300 000 Hauptunterstützungsmöglichkeiten in der Arbeitskräftefrage, die trotz der starken Beschränkungen der Zulassung bereits überschritten worden sein dürfte, läßt erkennen, wie anhebend und hoch die ständig wachsende Weltarbeit ist, ausgenutzten oder kurzfristige Beschäftigten tatsächlich ist. Allein in der Zeit vom 15. März bis 15. April d. J. wurden rund 140 000 Personen aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschrieben. Die Städte, die jetzt bereits rund 300 000 Arbeitslose in der Wohnkraft zu betreuen haben, können weitere Zahlen auf die Dauer nicht tragen. Der Bundesausschuss fordert daher die Ausdehnung der Arbeitskräftefrage auf alle, insbesondere auch auf die bürgerlichen Berufe, sowie die Entfaltung einer für die Dauer der Arbeitslosigkeit unbegrenzten Beugungsamer.

Beim Beginn der Nachmittags-sitzung teilte Graumann mit, daß Theodor Leipart vor einigen Tagen nach Wiesbaden fahren konnte — ein Zeichen dafür, daß seine Genesung in jüngster Zeit wesentliche Fortschritte gemacht hat. Die Gewissheit ist gegeben, daß Leipart durch die Kur in Wiesbaden seine Gesundheit und Arbeitsfähigkeit völlig wiedererlangen wird.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Internationaler Gewerkschaftskongress“, gab Graumann bekannt, daß der Bundesvorstand als stimmberechtigte Delegierte zum Stockholmer Kongress die Kollegen Leipart, Graumann, Umbreit und Eggert vorschlägt, dazu die Kollegen Hanna als Vertreterin ohne Stimmrecht. Außerdem sind acht stimmberechtigte Delegierte und drei

weitere Vertreter zu wählen. In seinem Bericht über die Tätigkeit des Bundes im IGB, und die Aufgaben des Stockholmer Kongresses hob Graumann hervor, daß die Frage des Sitzes des IGB, und die Wahl des Generalsekretärs auch den bevorstehenden Kongress beschäftigen werden.

Zu dem sozialpolitischen Programm, das von dem Kongress des IGB, beschlossen werden soll, liegt ein Entwurf vor. Es wird später zur Erörterung gestellt. Es entspinnt sich daher zunächst eine Debatte über die Bestimmung des Sitzes und die Wahl des Generalsekretärs sowie des Vorsitzenden, ferner über die Zusammenfassung der deutschen Vertretung. Es wurde mehrfach betont, daß eine Vertagung des Sitzes von Amsterdam nach Berlin dem Gedächtnis und der Aktivität des IGB, sehr zuträglich wäre. Zu Delegierten werden einstimmig gewählt: die Kollegen Bah, Bernbard, Schumann, Scheffel, Brandes, Reichel, Schrader (Stellvertreter Maßler), Brey, Sträßlinger, Bucher, Hufemann sowie die fünf vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Kandidaten.

Zum Entwurf eines Internationalen sozialpolitischen Programms sprach Umbreit. Er führte aus: Zwei Hauptpunkte hat der IGB, auf der Tagesordnung seines diesjährigen Stockholmer Kongresses neben den organisatorischen Fragen: das Programm der Wirtschaftspolitik und das Programm der Sozialpolitik. Natürlich ist es nicht das erstemal, daß der IGB, sich mit sozialpolitischen Fragen beschäftigt. Unsere ganze Arbeit vor dem Kriege war der Sozialpolitik gewidmet, und die hauptsächlichsten Vorarbeiten zur internationalen Washingtoner Arbeiterversammlungen sind auf den internationalen Gewerkschaftskongressen von Bern und Leoben geleistet worden. Auch nach dem Kriege hat der IGB, wiederholt sozialpolitische Fragen behandelt, und besonders seine Mitarbeit am Internationalen Arbeitsamt in Genf ist vorwiegend sozialpolitischen Inhalts. Aber was ihm bisher fehlte, das war ein sozialpolitisches Programm, das die Arbeit in den angeschlossenen Ländern nicht bloß einheitlich inspiriert und vorwärts treibt, sondern auch die gemeinsame internationale Arbeit möglichst auf den gleichen Nenner bringt. Damit soll natürlich nicht verbunden sein, daß der sozialpolitische Fortschritt in den einzelnen Ländern abhängig gemacht wird von dem Tempo der rückständigen Staaten. Es war stets das Vorrecht der Arbeiterschaft der bestorganisierten Länder, das Banner des Fortschritts voranzutragen und Versuche zu setzen in den Wall des mangelfertigen Kapitalismus. Das internationale Sozialprogramm darf und soll das auch in Zukunft nicht hindern. Wie aber schließlich jeder Fortschritt bedingt ist von dem Nachrüden der Unterbegünstigten, so ist besonders der internationale Arbeiterschutz abhängig vom Ausgleich der Arbeitsverhältnisse auf dem Weltmarkt und von internationalen Vereinbarungen, die gleiche Soziallast in allen Ländern zu übernehmen. Ein Land kann nicht dauernd ohne wirtschaftliche Nachteile größere Lasten übernehmen, wenn andere Länder sich sperren und mit geschützter Arbeit ihre soziale Dumping fortreiben dürfen. Deshalb hat man sich auch in Washington 1919 und später in Genua und Genf auf eine Reihe internationaler Arbeitsschutzforderungen verständigt, und die ganze Arbeit des Internationalen Arbeitsamtes dient diesem Bestreben. Freilich sieht es schon mit der offiziellen Anerkennung dieser Verständigungsformeln seitens der einzelnen Länder übel aus. Welche Schicksale hat nicht seitdem das Abkommen über den Arbeitsschutz über sich ergehen lassen müssen, das auch heute erst von wenigen Ländern bedingt, von den wichtigsten Industriestaaten aber überhaupt noch nicht anerkannt ist, nicht einmal von Deutschland, trotz des wiederholten Drängens der Gewerkschaften. Mit den anderen Konventionen mag es hier und da besser ausfallen, aber keine hat seither klärendes Anerkennung gefunden. Und die Durchführung läßt noch mehr zu wünschen übrig. Nun handelt es sich bei der internationalen Sozialpolitik aber nicht um den Arbeitsschutz allein, sondern es gehören dazu auch die Arbeiter- und Angestelltenversicherung, die Tarifverträge, das Schlichtungswesen, die Arbeitsgerichte, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge, der Wanderungsschutz, das Konfessions-, Vereins- und Versammlungsrecht usw. In weiterer Aufzählung gehören auch der Lohnschutz und das ganze Arbeitsvertragsrecht, die Wohnungsfürsorge, die Jugendfürsorge und viele andere Zweige des öffentlichen Wirkens dazu. Es ist eine Frage der Erziehung und der gewerkschaftlichen Organisation, ihrer Stärke und Aktionskraft in den einzelnen Ländern, von denen jeder Fortschritt abhängt. Der

Erziehung zum Fortschritt soll aber gerade das sozialpolitische Programm des IGB dienen, und es soll dazu beitragen, die Arbeiterschaft überall zur Stärkung ihrer Organisation anzuspornen, damit diese Fortschritte verwirklicht werden und damit aus der Summe der einzelnen Fortschritte sich ein bemerkenswerter Gesamtschritt ergibt. Internationaler Ausgleich bedeutet hier also nicht absolute Gleichheit und Beharrung, bis jener Zustand erreicht ist, sondern Drängen zum bestmöglichen Nachrüden in die gemeinsame Front, während in zwischen weitere Positionen der Gegner Sturmreif gemacht werden. Ein internationales Sozialprogramm soll den Genossen in den rückständigen Ländern die Arbeit erleichtern, ohne den Kampfesgeist in den fortgeschrittenen Ländern abzuschwächen. Ein solches Sozialprogramm kann natürlich nicht allseits ins einzelne gehen, sondern muß sich auf die großen, bedeutsamen Forderungen beschränken; es muß weitestgehende Ziele aufstellen, ohne alle dazwischenliegenden Etappen bezeichnen zu müssen. Das kann ruhig der Aktion der einzelnen Landeszentralen überlassen bleiben. Der Aachener Tagung, der als Forderung vor 41 Jahren vom Pariser Kongress aufgestellt wurde, war ein solches Stück Programm, ebenso der Frauen- und Jugendschutz, die obligatorische Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, die Arbeitslosenversicherung u. a. mehr. Es wird Ihnen nicht entgangen sein, daß der vom Vorstand des IGB unterbreitete Programmentwurf sich recht weit von diesem Ziel lapidarer Ziele entfernt. Um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß zugestanden werden, daß es sich dabei um wesentlichen um einen deutschen Entwurf handelt, der in Amsterdam noch eine Reihe von Erweiterungen, die nicht gerade Verbesserungen sind, erfahren hat. Was dabei herausgekommen ist, das ist ein Entwurf, der aus einer Einleitung und 16 Abschnitten mit zahllosen Einzelheiten und Sozialforderungen besteht, von denen ich fürchte, daß wenn sie von den Verbandsvorständen unter die Lupe genommen werden, sie deren Ansprüche nicht einmal genügen, sondern noch vervielfältigt werden könnten. Wenn aber schon in Deutschland die Verkündung über solche Einzelheiten überaus schwierig wäre, wie will man damit auf einem internationalen Kongress gurechtkommen, wo die Vertreter jedes Landes unter anders gelagerten Voraussetzungen und Vorstellungen an die Redaktion des Entwurfs herantreten. Hier führt die zu weit getriebene Spezialisierung zur Verzerrung, in ein Dicksicht, aus dem sich kein Weg herausfindet. Eine wesentliche Vereinfachung des Entwurfs als internationale Diskussionsgrundlage ist also nicht zu vermeiden. Ein internationales Programm muß knapp und weitgesteckt sein, muß große Ziele enthalten, ohne sich in Einzelheiten zu verlieren. Sache der Landeszentralen wird es dann sein, die Lücken bis zu jenen Zielen auszufüllen, sei es durch spezielle Durchführungsbeschlüsse zur Aktion oder durch Agitationschriften zur Propaganda. Freilich müssen die Ziele im Bereich des gewerkschaftlichen Vermögens liegen, dürfen keine Utopien sein, über die kein Gegner mit uns ernsthaft streitet, und die höchstens die Kommunisten reizt, uns beim Wort zu nehmen. So hat es z. B. keinen Zweck, heute allerorts den Sechsstundentag zu fordern, selbst wenn wir überzeugt wären, daß die rationalisierte Wirtschaft mit sechs Stunden täglicher Arbeitszeit heute vielleicht schon auszukommen vermöchte — weil die Gewerkschaften, keines Landes ernsthaft an die Erhaltung desselben herantreten vermöchten. Dagegen wäre der Sechsstundentag oder die Fünftageswoche oder selbst die Fünftageinhalbtageswoche als Ziel noch immer weitgehend genug, um die Kräfte anzuspornen, wenn die allgemeine Forderung einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit, die den einzelnen Ländern die freie Wahl für die Durchführung läßt, nicht ausreichen sollte. Daß man für Jugendliche neben der Ausdehnung des Schulalters bis zum 18. Jahre obligatorischen Fach- und Fortbildungsunterricht unter Errechnung der Schulzeit in die Arbeitszeit fordern muß, weiterhin Ausschluß von der Bergarbeit unter Tage und von gesundheitsgefährlichen Beschäftigungen, ist wohl selbstverständlich. Weniger verständlich erscheint aber die Forderung längerer Ruhepausen als für erwachsene Arbeiter, zumal dies die Beschäftigung Jugendlicher im Arbeitsprozeß erschwert. Dies gilt auch für Frauen. Dagegen würde ich ein unterschiedliches Verbot der Nacharbeit befürworten, ausgenommen für solche Betriebe, in denen die technische Natur der Arbeit es erfordert oder wo es im öffentlichen Interesse oder in Fällen von Gefahr erforderlich ist. Für konfessionelle Betriebe ist an dem Grundsatze festzuhalten, daß die Wochenarbeitszeit der darin beschäftigten Arbeiter nicht länger während darf als die der übrigen Arbeiter. Hier mögen durch Springer- und Wechselstellungen die Voraussetzungen für eine normale Beanspruchung der Arbeiter gesichert werden. Für die Arbeitszeit im allgemeinen ist noch zu sagen, daß der Grundsatz der maximalen Begrenzung einer schärfsten Betonung bedarf und daß Arbeitszeitverlängerungen durch Ausnahmen unter erschwerte Bestimmungen und verschärfte Kontrolle zu stellen sind. Für Sonntagarbeit hat wie für Nacharbeit der Grundsatze zu gelten, daß ein Verbot für alle Fälle zu verlangen ist, in denen nicht der kontinuierliche Betrieb technisch erforderlich ist oder öffentliche Interessen, allgemeine Bedürfnisse oder höhere Gewalt sie bedingen. In allen Fällen darf die Wochenarbeitszeit durch solche nicht verlängert werden. Der Grundsatz höherer Bezahlung für Nacht-, Nacht- und Sonntagsarbeit ist festzuhalten. Was den Gehaltsanspruch betrifft, so könnte man, wenn man den Forderungen einzelner Berufsgruppen folgen wollte, allein ein ganzes Buch von Forderungen zusammenbringen. Da aber die internationale Aktion gerade auf diesem Gebiete über die Anfänge wenig hinausgekommen ist, so ist gerade hier eine weite Vorhut und Zurückhaltung am Platze. Immer-

hin wird man Forderungen, wie der Gleichstellung von Berufsrankheiten mit den Unfällen sowie der Aufstellung einer internationalen Giffliste zustimmen können. Für die Heimarbeit ist der Ausschluß gesundheitsgefährlicher Arbeitsprozeße sowie der Herstellung von Lebens- und Genussmitteln festzuhalten. Hinsichtlich der Lohnnähmer und Mindehlöhne sollte man sich auf die Heimarbeit beschränken und auf den Versuch verzichten, sie auf andre Gewerbe zu übertragen. Der Abschnitt „Sozialversicherung“ zeichnet sich durch bemerkenswerte Kürze aus, denn nichts hinzuzufügen ist, ebenso die Abschnitte über Arbeitslosenfürsorge und Arbeitsvermittlung. Der Abschnitt „Tarifverträge“ betont allzusehr die freie Vereinbarung, als ob die Gewerkschaften samt und sonders Gegner von Zwangstarifen wären, namentlich auch, wenn sie den Unternehmern durch andere Mittel, als allein durch gewerkschaftliche Kraft aufzuzwingen wären. Wer die tarifliche Abneigung des Unternehmertums kennt, wird mit der Forderung tariflicher Regelung aller Arbeitsverhältnisse nicht bei der Freiheit der Unternehmer haltmachen können. Der Punkt 16 „Trennung von Arbeits- und Mietvertrag“ bedarf einer besonderen Würdigung; hier wird daneben besonderer Schutz der Bewohner von Werkswohnungen verlangt. Für ein internationales Programm dürfte meines Erachtens die erste Forderung ausreichen. Die Forderung einer längeren Kündigungsfrist hat natürlich ihre Schattenseiten hinsichtlich der Bindung der Arbeiter bei Streiks. Daß aber der Entlassungsschutz für Arbeiter und Angestellte verschieden behandelt und für letztere allein eine besondere Entlassungsentscheidung gefordert werden könne, erscheint mir völlig unerfindlich. Der Bundesvorstand hat in dieser Hinsicht den Forderungen des IGB-Bundes noch niemals nachgegeben und es würde es international erst recht nicht verantworten können. Diese Forderungen sind übrigens vom Vorstand des IGB, in Amsterdam gegen den Willen des Vertreters des IGB, in den Entwurf aufgenommen worden. Der Bundesvorstand erbittet vom Bundesausschuß die Vollmacht, mit den gewerkschaftlichen Vertretern der Sozialpolitik im Bundesbüro den Entwurf einer Nachprüfung und Vereinfachung unterziehen zu dürfen, wobei Anträge, die der Bundesausschuß annimmt oder überweist, nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen. Es ist weiter in Aussicht genommen, daß der Entwurf an der Hand dieses deutschen Antragsentwurfs in Stockholm von den Sozialpolitikern der vertretenen Länder ein bis zwei Tage vor dem Kongreß einer Vorberatung unterworfen werde, damit der Kongreß zu einem befriedigenden Ergebnis kommen kann. — In der Diskussion wurden Einwände gegen einzelne Teile des Entwurfs erhoben und Anregungen zur Ergänzung und Abänderung des Entwurfs gegeben. Gegen das Kapitel „Arbeitsvertrag“ bestanden weitgehende Bedenken, die sich namentlich auf die dort vorgesehene unterschiedliche Behandlung der Arbeiter und Angestellten beziehen. Grämer machte zum Schluß der Tagung noch auf die internationale Hygieneausstellung in Dresden aufmerksam. Er empfahl, gewerkschaftliche Tagungen dort abzuhalten, um den Kollegen Gelegenheit zur Besichtigung der Ausstellung zu geben.

### Das Buchgewerbe im Ausland

Österreich. Die Einführung der Invalidenunterstützung für die Hilfsarbeiterkategorie, ein jahrzehntealter Wunsch dieser Reichsvereine angehenden, aber immer noch stark stultierenden Kategorie der graphischen Arbeiterkategorie, soll nun endlich zur Durchführung gebracht werden. Ein im Auftrage der letzten Reichsgeneralversammlung vom Zentralausschuß eingesetztes Komitee hat nach eingehenden Berechnungen eine Vorlage ausgearbeitet, nach der für männliche und weibliche Mitglieder der ersten und zweiten Beitragsklasse als einheitliche Beitragsleistung ein Schilling wöchentlich vorgesehen ist. Anfängerinnen und sonstige Hilfsarbeiterinnen mit geringem Lohn sind von dieser Beitragsleistung ausgenommen. An Invalidenunterstützung sollen gewährt werden: bei einer Mitgliedschaft von 780 Beitragswochen 25 Schill. monatlich, bei 1040 Beitragswochen 40 Schill., bei 1300 Beitragswochen 60 Schill. Um einen entsprechenden Reservefonds für die Invalidenunterstützung zu schaffen, ist für Zutrittskassen erst nach einjähriger Einzahlung in Aussicht genommen, für den Bezug ist Arbeitsunfähigkeit bei einem Alter von 60 Jahren Voraussetzung. Für Hilfsarbeiterinnen, die vorzeitig zum Beruf abgehen, ist eine Rückzahlung der für die Invalidenkasse geleisteten Einzahlung in der Höhe von 25 Proz. vorgesehen. Die Beitragskosten sollen um 50 Proz. erhöht werden. Nach vor der Tarifbewegung wird dieser Entwurf der Hilfsarbeiterkategorie zur Abstimmung vorgelegt werden und falls sich zwei Drittel für die Annahme entscheiden, gelangt die Invalidenunterstützung nach Abschluß der Tarifrevision zur Durchführung. — Die Vereinigung der Korrektoren Österreichs, hervorgegangen aus dem Klub der Korrektoren und Reviseurs Niederösterreichs, konnte kürzlich auf ihren 25jährigen Bestand zurückblicken. Die Verdienste des Korrektorenklubs um die Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der Korrektoren sind unbestritten. Wie der Klub in seinem Bericht ausführt, wucherte in der Zeit vor seiner Gründung noch das überstundennunwesen nach der Normalarbeitszeit; Heimarbeit mußte selbst unter Zuhilfenahme von Frau und Kind geleistet werden, und auch Seher und sogar Berufs Fremde betrieben das Korrektorenleben als Heimarbeit. Gestrandete Intellektuelle waren damals in den Druckereien als Korrektoren zu finden, die weit unter dem bescheidenen Verdienste der Seher entlohnt wurden. Der Korrektor hatte kein tarifliches Recht und keine sein Lohnverhältnis

regende Bestimmung, ja nicht einmal die Bezeichnung Korrektor war im Tarif zu finden. Diesen und noch mannigfachen andern Missetänden rügte der Korrektorenklub auf den Leib und schaffte sie unter Mithilfe der Mutterorganisation aus der Welt. Der am 1. Januar 1909 in Kraft getretene Tarif brachte zum erstenmal, seitdem im Buchdruckgewerbe zwischen Unternehmern und Gehilfen ein Kollektivvertrag besteht, Bestimmungen für Korrektoren, u. a. auch einen Zuschlag von 15 Proz. Mit dem am 1. Januar 1907 abgeschlossenen Tarif für die Wiener Zeitungen konnten auch hier zum erstenmal Bestimmungen für Korrektoren geschaffen werden, deren eine lautet, daß als Korrektoren und Reviseurs nur ordnungsgemäß ausgebildete Seher verwendet werden dürfen. Auch der Klub der Wiener Zeitungsseher beging am 27. April das Fest seines 50jährigen Bestehens. Die Gründung des Klubs — die konstituierende Versammlung fand am 23. Mai 1880 statt — fiel in eine Zeit trostloser Arbeitsverhältnisse in der Zeitungsindustrie. Der im Januar 1880 vereinbarte Wiener Sekretariat sah zwar eine zehnstündige Arbeitszeit vor, überließ aber deren Beginn dem „freien Ermessen“ der Zeitungsunternehmer, welcher Bestimmung die Unternehmer willfährig die Auslegung gaben, daß Wartezeiten, die zum Teil im nächstgelegenen Gasthaus verbracht wurden, nicht eingerechnet und auch nicht bezahlt wurden; so kam es, daß aus der tariflich fixierten zehnstündigen Arbeitszeit mit der Klausel des „freien Ermessens“ der Unternehmer eine Arbeitszeit bis zu 15 Stunden wurde. Dabei herrschte auch in den Zeitungen eine heute nicht mehr vorstellbare Lehrlingszuchterei und -hinderei. Der Stand der Lehrlinge bei den Zeitungen erreichte bisweilen sogar den Stand der Gehilfen; wie diese, mußten auch die Lehrlinge Nacht- und Sonntagsarbeit leisten. Bei etwa 1700 Buchdruckergehilfen in Wien zählte man 1200 Lehrlinge! Ein geistliches Verbot der Sonntagsarbeit schaltete die Zeitungsarbeiter, auch die Lehrlinge, von der Sonntagsruhe aus. Durch Gründung und Eintragung einer „unabhängigen“ Gegenorganisation suchten die Unternehmer Gründung und Entwicklung des mißliebigen Klubs zu erschweren, um durch diese Spaltung ihre Arbeiter um so schrankenloser ausbeuten zu können; diese Mißgeburt mußte aber verschwinden. 1883 gelangte der erste Tarifvertrag für Zeitungsseher zum Abschluß, der wenigstens mit den schärfsten Auswüchsen aufträme. Das „freie Ermessen“ der Unternehmer in der Arbeitszeitfestsetzung verschwand, die Arbeitszeit, Löhne und Akkordsätze wurden geregelt. Den jähren Bemühungen der Klubleitung gelang es 1885 endlich, die behördliche Einführung der Sonntagsruhe auch für die Zeitungsarbeiter durchzudrücken. Inaufhaltsam und Schritt für Schritt wurden die Arbeits- und Lohnverhältnisse verbessert. Besondere Kämpfe und Schwierigkeiten erwuchsen dem Klub in der Folge durch die Einführung der Sehmachine, durch den Krieg und die Nachkriegszeit, die Inflation; sie alle aber wurden, wenn auch unter großen persönlichen und materiellen Opfern, überwunden. Hatte der erste Sekretariat zum Jahre 1880 die Lohnverhältnisse für etwa 300 bei Nacht beschäftigte Zeitungsseher nur lose geregelt, so gilt der 1922 geschlossene „Lohn- und Tarifvertrag“ der Arbeiter und Arbeiterinnen bei den Wiener Tageszeitungen für alle etwa 3000 im Zeitungsgewerbe Beschäftigten und steht neben vielen andern Errungenschaften auch monatliche freie Tage, das Einbringen der überstunden, Urlaubszuschläge und Weihnachtsgremunerationen für alle in der Wiener Zeitungsindustrie Beschäftigten vor. Mit diesem Tarif wurde die Schaffung eines Inflationstruppenverbandes der Zeitungsarbeiter erreicht. An den allmonatlichen Beratungen des Klubausschusses nehmen neben den Delegierten der einzelnen Zeitungs-personale auch noch Vertreter der einzelnen Parteienorganisationen teil. Das Hauptverdienst an der Vereinigung aller in den Wiener Tageszeitungen Beschäftigten in einen Lohn- und Tarifvertrag, der neben den technischen Arbeitern und Expeditionsarbeitern auch noch die Redaktionsbediensteten und Ausruferinnen umfaßt, gebührt unbestritten dem Kollegen Adalbert Scheffl, der seit 25 Jahren dem Klub als Obmann vorsteht, und dem in der Festversammlung für sein verbienendes Wirken in dieser langen Spanne und schweren Zeit eine vom Klub gestiftete Plakette überreicht wurde. Der gleichen Ehre wurden auch seine beiden Vorgänger, den Kollegen Kerner und Kowal zuteil. Die Festschreibung der Obmannstellvertreter des Klubs, Kollege Daniel Weigler, der auch im Auftrage des Klubs unter vieler Mühe eine aufschlußreiche „Gedenkschrift einer Arbeiterorganisation über die Zeit von 1880 bis 1930“ verfaßt und chronologisch zusammengestellt hat. Kollege Weigler kommt vom Revisor der Buchdruckerarbeit übertrachte die Glückwünsche der Zentralorganisation und wies auf die engen Beziehungen zwischen dem Klub und der Gesamtorganisation hin, deren zwingende Notwendigkeit bei der bevorstehenden Tarifrevision sich wieder erweisen werde. Wiens Bürgermeister, Karl Seher, feierte die Zeitungsgewerkschaft als die Pioniere der österreichischen Arbeiterkategorie, die Tag für Tag nicht nur am Sehkasten und an der Sehmachine die Geschichte legen, sondern auch selbst Geschichte gemacht haben, indem sie den Weg vom Knecht des Unternehmers zum freien Arbeiter gegangen sind. „Schauen wir aber nicht rückwärts, schauen wir auf die nächsten vor uns liegenden fünfzig Jahre, die der Arbeiterklasse den Sieg des sozialistischen Gedankens bringen werden!“ Für die Wundapoker Zeitungsgewerkschaft deren Obmann, Kollege Schmitt, die Glückwünsche an den Wiener jubelnden Klub, für den Bundesvorstand der freien Gewerkschaften Sekretär Kollege Strauß. Mit dem „Ved der Arbeit“ fand die eindrucksvolle Festversammlung (Vorfesung auf Seite 232).

# Eröffnung der Bundesschule des ADGB. in Bernau



Gesamtansicht der Bundesschule



Südansicht der Bundesschule

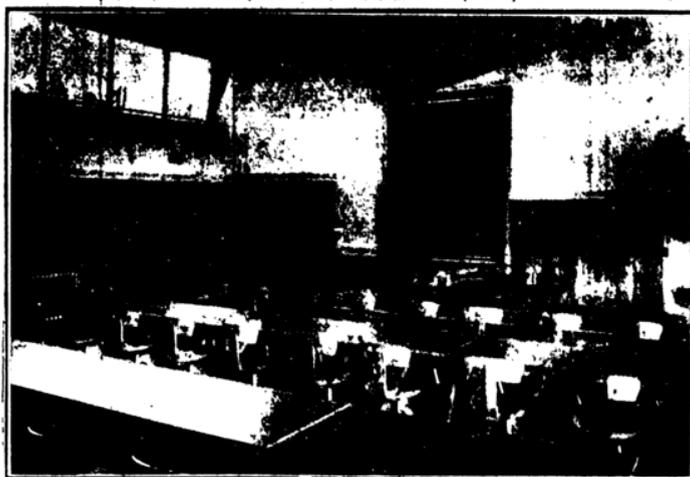
Bei Bernau, einem kleinen, 23 Kilometer nordöstlich von Berlin gelegenen Städtchen im Kreise Niederbarnim, wurde am 4. Mai d. J. die vor zwei Jahren in Angriff genommene Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eröffnet. An der Feier nahmen außer dem Bundesvorstand Vertreter sämtlicher freien Gewerkschaften und anderer ihnen nahestehender Arbeiterorganisationen sowie der staatlichen und kommunalen Behörden teil. Die äußere architektonische Anlage der Schule ist auf größte Einfachheit eingestellt und läßt nach jeder Richtung der sie umgebenden eigenartigen märkischen Natur den Vorrang. Im Innern kommt restlose Zweckmäßigkeit in allen Abteilungen von der Aula bis zu den Schülerwohnstuben zur Geltung. Glas, Holz und Ziegelsteine wetteifern ohne Fuß und Liniere miteinander und geben dem Ganzen einen teilweise werkmäßigen und doch wiederum eigenartigen Charakter nach außen, während im Innern gerade durch die offen zutage tretende Materialschtheit und Deutlichkeit im großen wie im kleinen phrasenlose Ehrlichkeit nicht nur gegeben, sondern auch gefordert wird.

Diese enge Verbindung zwischen Material und Ideal kam auch im Verlauf der Eröffnungsfester geradezu selbstverständlich und doch wegweisend für die zukünftige Entwicklung und Bedeutung der Schule für das gesamte gewerkschaftliche Leben zum Ausdruck. Unser Kollege Grahnmann und Vorsitzender des ADGB, sahte in seiner Weiherrede Zweck und Geist dieser neuen Waffenschmiede der in den Gewerkschaften eng verbundenen deutschen Arbeiterschaft wie folgt zusammen:

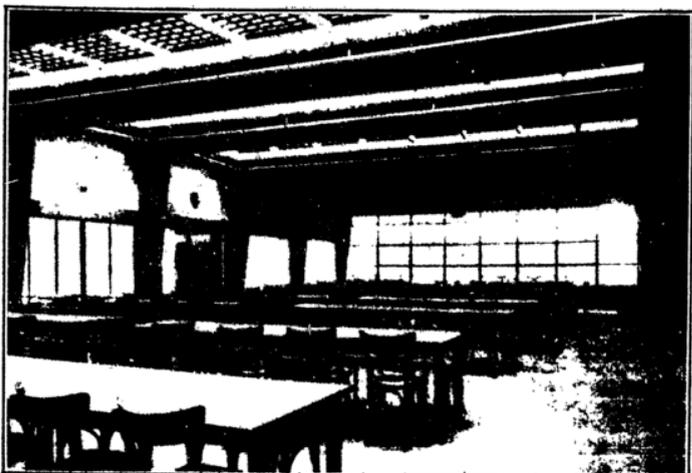
„Die Älteren unter uns in der Arbeiterbewegung haben es sich sehr schwer lassen müssen, um das bisherige Wissen zusammenzutragen, das sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben brauchten. Das ist heute anders geworden. Wir bedauern das nicht. Wir Älteren werden es den Jüngeren nicht, wir freuen uns, daß sie es leichter haben. Aber wir sind der Meinung, daß diese leichtere Möglichkeit, über sich selbst hinauszuwachen, auch verpflichtet, und daß darum diejenigen, die heute unter wesentlich günstigeren Voraussetzungen sich ein wesentlich größeres Quantum Wissen aneignen können, damit auch die Verbindlichkeit übernehmen, dieses ihnen überantwortete größere schwere Pfund vervielfältigt weiterzugeben an diejenigen, die nach ihnen kommen.“

Wir haben seit ungefähr zehn Jahren, ich darf sagen, zeitweise sogar in etwas stürmischem Tempo nachholen können, was in dem vorausgegangenen Jahrzehnt an Bildung für die breiten Massen außerhalb und nach der Volksschule verabsäumt worden war. Wir haben eine ganze Reihe von Bildungsanstalten — ich erinnere an die beiden Wirtschaftsschulen in Berlin und Düsseldorf, an die Arbeiterakademie in Frankfurt, angegliedert an die dortige Universität, ferner an die Volkshochschule in Tinz, an eine Anstalt anderer ähnlicher Einrichtungen und an die Hunderte, ja Tausende von Kursen kürzerer Dauer in ganz Deutschland. Was hier mit dieser Schule bezweckt wird und was den Verbänden, die opferbereit die Mittel dazu bereitgestellt haben, den Mut gegeben hat, diese erheblichen Opfer zu bringen, war eine andre Erfahrung, war ein Gedanke, der sich aus manchen Mängeln der letzten Zeit ergab. Es fehlte uns die derbe Hausmannskost und wir empfanden diesen Mangel täglich mehr. Es fehlte uns die Möglichkeit, die Jüngeren in den Organisationen so vertraut zu machen mit dem Wesen, dem Wirken, der Taktik und den Notwendigkeiten der Gewerkschaften, die wir Älteren erleben konnten. Wir brauchen in stärkerem Maße als bisher den von jeder Verpflichtung gegen sich und

gegen die andern bis zum letzten Nerv durchdrungenen ehrenamtlichen Funktionär, der die Geschichte seiner Organisation, die Geschichte ihres Wachstums, die Gesetze ihrer Wirksamkeit, die Möglichkeit ihrer Nutzenwendungen und ihrer Kräfte heute nicht mehr aus Eigenem so unmittelbar weiß, wie die Älteren, dem aber diese Möglichkeit verschafft werden muß, und darum haben wir hier ein ganz neues Schulprinzip aufgestellt. Es sind Kurse des ADGB, aber sie sind veranstaltet und getragen von den einzelnen Organisationen. Aus dem Betrieb kommende und wieder nach Absolvierung dieser kurzen Wochen in den Betrieb zurückkehrende männliche und weibliche Funktionäre sollen in diesen Wochen eindringen in die Geschichte, in die Verfassung, in die Struktur und in den Wesens Kern ihrer Organisation, und darüber hinaus in all die großen Fragen der Sozialpolitik, des gewordenen und des werdenden Arbeitsrechts. Sie sollen die Kenntnisse erwerben, die notwendig sind zur Beurteilung der wirtschaftlichen Vorgänge, und darüber hinaus sollen sie die großen Zusammenhänge von der einen Organisation zu den übrigen mit uns im Bunde vereinigten erkennen, dieser stolzen Armee von fünf Millionen Mitglieder, die einen großen Heereskörper bildet, und welcher von Bundeszentrale zu Bundeszentrale die großen tiefempfundnen, täglich stärker und inniger werdenden Bindungen im Internationalen Gewerkschaftsbund. Diesem Ziel soll der Schulbetrieb dienen. Wir haben bei der Schaffung dieses Hauses vielleicht auch in anderer Beziehung neue Wege beschritten. Wir wollen, daß der Mensch, der aus der täglichen Arbeit zu uns kommt, sich während dieser Zeit wohlfühlt, daß es für ihn nicht nur Arbeitswochen, sondern auch Festwochen sein sollen, daß er sich gern der hier verlebten Zeit erinnert und daß er auch im Schulbetrieb selbst nicht harte pädagogische Maßnahmen empfindet, sondern eine neue Harmonie in seinem Leben. Wir sind, da wir hier ein Internat eingerichtet haben, von vornherein davon ausgegangen, daß man bei den unterschiedlichen Lebensaltern der Teilnehmer, bei der unterschiedlichen Herkunft je nach Landschaft und bei der unterschiedlichen Veranlagung je nach Temperament ungewöhnlich verfahren würde, würde man alle diese Menschen in großer Zahl zusammen unterbringen. Darum haben wir von vornherein die uns auf Grund der vorhandenen Mittel einzig



Klassenraum



Speisesaal



Schülerwohnzimmer

mögliche Unterteilung vorgenommen, so daß nur je zwei Personen in einem Zimmer wohnen und so die Möglichkeit geschaffen ist, daß auch hier Landsmann und Berufsgenosse und vielleicht auch der im Temperament dem andern am nächsten Stehende zusammenkommen kann.

Wir Gewerkschaften haben in den letzten 12 Jahren eine sehr unterrichtliche Beurteilung erfahren. Es gab eine Zeit, da sah man uns als den ehernen Fels an, an dem sich die Wogen einer unvernünftigen Bewegung zerschlugen, als den Fels, der das einzige sichere Fundament für den heutigen Staat abgab. In neuerer Zeit hat sich diese Auffassung gewandelt. Man hat in dem Lager der außerhalb von uns stehenden vielleicht doch stärker die Größe und die Bedeutung, die wachsende, nicht nur geistig, sondern auch materiell wachsende Bedeutung unserer Gewerkschaften erkannt. Und vielleicht ist man über diese Größe erschrocken und hat infolgedessen einen neuen Felszug gegen uns eingeleitet, der uns nicht nur materiell schwächen, sondern der uns auch geistig isolieren soll. Vorgänge dieser Art schrecken uns nicht. Wir wissen, daß wir eine große Mission zu erfüllen haben, und wir wissen, daß wir sie nicht nur für eng umgrenzte eigene Interessen erfüllen. Wir wissen, daß wir mit der stärkeren geistigen Durchbildung und Durchbringung der Arbeiterklasse in Wirklichkeit das tun, was so mancher andre von sich behauptet: Dienst am Volke. Wir wollen in dieser Schule nicht Weltanschauung bilden oder stärken. Wer zu uns kommt, besitzt eine Weltanschauung. Wir wollen in dieser Schule nicht übertriebene Illusionen antreiben. Wir wollen hier eine Bildungsstätte schaffen für das Laßtätliche. Der Mensch, der zu uns kommt, soll die Dinge nicht sehen, wie wir sie wünschen, wie wir sie uns erhoffen, sondern wie sie sind. Er soll die eigenen Kräfte erkennen lernen, ihr Maß und ihre Grenzen, er soll erkennen lernen, was ihm an Widerständen gegenübersteht, weil er dementsprechend sich einstellen, weil er mit diesen Verhältnissen nicht sich abfinden, aber mit ihnen ringen muß.

So betrachtet hat unsre Mission. Wir haben keinen Augenblick verneint, daß wir uns mit dem Maß der uns früher zugewiesenen Aufgaben nicht mehr abfinden. Lohn und Arbeitsbedingungen zu regeln war unsre erste Aufgabe. Wir haben inzwischen einsehen gelernt, wie ungeheuer bedeutungsvoll unsre Organisationen, der in ihnen gepflegte Geist und in die ihnen konzentrierte Macht ist, und wir sind aus diesem Grunde der Meinung, daß wir diesen unsern Einfluß auch dann anwenden und zeigen müssen, wo nach unserm Dafürhalten falsch, irrig, unvernünftig gearbeitet wird. Je mehr wir die Dinge, die um uns herum sich abspielen, erkennen, je tiefer uns all die Vorgänge im Leben, in dem wir stehen, berühren, um so tiefer wird die Erkenntnis von der Notwendigkeit, an der Änderung dieser Dinge mitzuwirken, jeder nach Maßgabe seiner Kräfte stehen, was er von Natur aus mitgebracht hat und was er sich im Laufe seines Lebens aneignen konnte, aber angewandt zu dem Ziel, eine neue, eine vernünftige, eine bessere Gesellschaft auf die Beine zu stellen. — Das ist vielleicht in diesem Kreise und angesichts der Kürze der für diese Kurse zur Verfügung stehenden Zeit etwas viel versprochen. Aber diejenigen, die zu uns kommen, denen zu Hause vielleicht nur ein Mindestmaß an allgemeiner volkswirtschaftlicher, sozialer und sozialistischer Bildung hat zuteil werden können, sie sollen hier den Ansporn erhalten, an sich selbst weiterzuarbeiten, sich selbst höher zu heben, sich selbst und damit der Gegenwart und der Zukunft zu dienen. Wenn diese Wünsche, die uns bei der Planung dieses Banes geleitet haben, die Verbände vermocht haben, außerordentlich hohe Mittel für diesen Zweck bereitzustellen und auch dauernd weiter bereitzustellen, wenn dies Ziel sich erfüllt, dann sind wir überzeugt, daß wir mit dem uns überantworteten Pfunde richtig gewuchert haben und daß wir unsre Pflicht gegen uns und gegen die Nachwelt erfüllt haben. Dann wissen wir, daß die Schule und das, was in ihr geschieht, ihren Zweck erfüllt und von Nutzen ist.

Als Vertreter der Reichsregierung entschuldigte Ministerdirektor S i l i e r den Reichsarbeitsminister und den Reichswirtschaftsminister, die durch bringende Dienstgeschäfte zu ihrem Bedauern am persönlichen Erscheinen

verhindert seien. Der Redner wies dann auf die Zusammenhänge zwischen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit und Sozialpolitik hin und wünschte der Schule besten Erfolg mit dem Ziele einer weiteren Hebung der Arbeiterklasse. Staatssekretär S t a u d i n g e r sprach im Namen der preußischen Staatsregierung herzlichste Glückwünsche aus und entrollte nachstehendes Bild von der Entwicklung der Beziehungen zwischen der preußischen Regierung und der Arbeiterbildung. Als in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts die ersten Arbeiterkassen unter besonderer Förderung von Wilhelm Liebknecht eingerichtet wurden, schrieb der damalige Polizeipräsident v. Richter in einem Bericht an den Staatsminister von Bodelschwingh: „Welche weitere Entwicklung die Arbeiterbildungsschulen haben wird, ob das zur Zeit überaus rege Interesse für die Sache vorhalten, ob das Ziel, eigene Grundstücke für die Zwecke des Vereins zu erwerben, erreicht werden wird, läßt sich zur Zeit auch annähernd nicht beurteilen. Die Entwicklung der Schule wird diesbezüglich fortgesetzt eine sorgfältige Beobachtung zuteil werden.“ (Heiterkeit.) Der Referent, der vortragende Rat, war noch etwas skeptischer. Er bemerkte zu dem Bericht: „Gefallen. Wir ist nicht klar, warum der Polizeipräsident die Sache hat gehen lassen wie sie will. Solange wir kein Unterrichtsgesetz haben, kann meines Erachtens von Aufstiegs wegen der ganzen Schule ein Ende gemacht werden. Alles, was die Arbeiter lernen müssen, können sie an den Fortbildungsschulen, deren Zahl die Stadt beliebig vermehren kann, lernen.“ Der Redner stellte dann fest, daß die weitere Entwicklung anders gegangen ist. Das Interesse ist nicht rege, sondern reger geworden. Die Arbeiterkassen, der Gedanke der Selbst-erziehung der Arbeiterklasse, habe sich durchgesetzt. Wir haben eine Anzahl gewerkschaftlicher Schulen und haben hier eine Krönung der Schulen, indem der W D G hier eine Bundes-schule zur Erziehung von Arbeiterführern errichtet hat. Hier schneidet sich auch das Problem, das in diesen Tagen allenthalben diskutiert wird. Man glaubt, daß Organisation und Persönlichkeits-Entwicklungs-entstehen, man glaubt, daß die Organisation die Persönlichkeits-entstehen. Aber gerade in unsrer heutigen Zeit ist es soziologisch bedingt, daß erst die Organisationen die Persönlichkeiten heranziehen und heranbilden. Mit dieser Schule sei wieder ein weiterer Schritt zur Herausbildung der Persönlichkeiten getan. Auch die Anschauungen der Staatsregierung zu diesen Schulen haben sich gewandelt. Wohl werde auch von der Regierung fortgesetzt eine sorgfältige Beobachtung der Entwicklung dieser Ihrer Schule erfolgen, aber nicht mit dem Vorzeichen des Mißtrauens, sondern mit dem positiven Vorzeichen des Vertrauens! Solche Schulen sind notwendig, sofern die Notwendigkeit der Gewerkschaften anerkannt wird, und die preußische Regierung glaubt, daß unsre Wirtschaft ohne die Gewerkschaften nicht zu denken ist, und auch die Wirtschaftsbetriebe selbst — sie haben das im Reichswirtschaftsrat ausgesprochen — glauben, daß unsre Wirtschaft ohne Gewerkschaften nicht zu denken sei. Wenn man diesen Vorbehalt bejaht, muß man auch den Nachsatz bejahen, daß es dann notwendig ist, daß die Gewerkschaften gute Arbeiterführer entwickeln, gute Selbst-erziehung treiben, und das ist das Große der Arbeiterbewegung, daß anerkannt werden muß, daß die Arbeiterbewegung zur Selbst-erziehung der Arbeiterklasse durch ihre Organisationen gegangen ist. Dieser Erziehungswille der Organisationen hat auch dazu geführt, daß die Gewerkschaften neue Erziehungswege und auch neue Erziehungsmethoden vertreten haben. Gerade in der letzten Zeit haben die Gewerkschaften die Forderung aufgestellt, daß für so-wohl viel Verufe der Gedante der richtigere sei, nicht die alten, allgemein bilde den Schulen, die höheren Schulen als Voraussetzung zu nehmen für die Erziehung zu diesen Berufen, sondern daß man aus der Arbeit heraus Persönlichkeiten mit gutem Verstand, mit gutem Wissen und mit gutem Willen zur Bildung nehmen muß, daß man diese Arbeiter, Handwerker heranziehen muß für diese Berufe, die besonders mit der Praxis zu tun haben. Die Gewerkschaften haben den Gedanken durch ihre Organisationen propagiert und auch im Parlament vertreten lassen, daß neben der allgemein bildenden Schullaufbahn

die berufsbildende Schullaufbahn herausentwickelt werden muß, daß zuerst die Praxis kommen müsse, und daß neben der Praxis und auf die Praxis aufgepfanzt das theoretische Wissen und der Wille zur Erziehung entfacht werden muß. Wir haben heute eine solche Entwicklung der Lehrkräfte für die Wirtschaftsschulen und auch die Entwicklung anderer ichtiger Kräfte, daß wir hoffen können, daß nunmehr die Brücke zwischen Volksschule, Technischer Hochschule und Universität geschlossen ist, daß es nicht erst des Bildungstornikens der höheren Schulen bedarf, sondern daß eine direkte Verbindung von den Fachschulen zu diesen Schulen besteht. Der Handelsminister habe auch im Parlament ausgesprochen, daß die Gewerkschaften durch ihre Erziehungstätigkeit in dieser Richtung gewirkt haben. Wir haben also jetzt etwas Neues: Neben der allgemein bildenden Schullaufbahn die berufsbildende Schullaufbahn, die sie hier ebenfalls verwirklichen. Das ist das Große und das Neue an den Arbeiterkassen, daß die Männer und Frauen aus der Arbeit herausgenommen werden und entwickelt werden, daß auf die Praxis die Theorie gesetzt wird. Wir können aus Erfahrung sagen, daß für viele Berufszweige dieser Weg richtig ist. In unsrer höheren Fachschulen sehen wir, daß die Schüler, die aus der Praxis herausgenommen werden und dann erst theoretisches Wissen bekommen haben, besser abschneiden als die Schüler, die aus den höheren Schulen herüberkommen. Die Gewerkschaften haben eine ganz besondere Verpflichtung der Auswahl ihrer Kräfte, und wir hoffen, daß diese Bundeschule für die Auswahl der geeigneten Kräfte auch für die Wirtschaftsschulen eine besondere Aufgabe haben wird.

Nachdem noch Landrat S e l m m i n g e r als Vertreter des Kreises Niederbarnim und der Magistratsdirigent S i l i g für die Stadtverwaltung Bernau zur Eröffnung der Schule die Glückwünsche ihrer Behörden ausgesprochen hatten, fand unter Führung des Architekten H a n n e s M e y e r, dem Leiter des Bauhauses Dessau, eine gemeinsame Besichtigung der ganzen Anlage und ihrer Inneneinrichtung statt. Der Hauptflügel enthält die Empfangshalle, die Aula, den Speisesaal, zwei Gesellschaftsräume, die Verwaltungsbüros und die Küche. Daran schließen sich die einzelnen Wohngebäude für Lehrer, Schüler und Personal an und ganz rechts das Schulgebäude mit Turnhalle; alle Abteilungen sind von einem die einzelnen Gebäude wie ein Band zusammenhaltenden Glasflügel aus zu erreichen. Der Wohnflügel enthält 60 Wohnzimmer für Schüler (je zwei in einem Zimmer), verteilt auf vier Gebäude für je 30 Schüler, je 10 in einem Stockwerk. Der Schulflügel enthält drei Klassenräume für je 40 Schüler, zwei Seminarräume, eine Bibliothek, den Speisesaal und die Turnhalle. Die Kosten der Anlage samt Inneneinrichtung betragen 1,6 Millionen Mark und werden von dem W D G, angeschlossenen Gewerkschaften anteilig gedeckt. Der Zweck der Schule ist, beschäftigten jungen Mitgliedern der einzelnen freien Gewerkschaften, die sich im praktischen Gewerkschaftsleben erfolgreich und mit aufwändiger Hingabe betätigen, zunächst in vierwöchigen Kursen in Volkswirtschaft, Soziologie, Arbeitsrecht, Organisationsfragen usw. eine systematische Vertiefung ihrer Kenntnisse zu ermöglichen. Die laufenden Kosten hierfür tragen die einzelnen Gewerkschaften. Die neue gewerkschaftliche Bundeschule wird besonders für ganz große Gewerkschaften, für die in der Gewinnung geschulter ehrenamtlicher wie angestellter Vertrauenspersonen besondere Schwierigkeiten bestehen, von besonderem Vorteil sein und daher auch von diesen in erster Linie in Anspruch genommen werden. Die ersten Kurse sind befestigt vom Gesamtverband (Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berufsverband usw.) sowie vom Textilarbeiterverband. Die Inanspruchnahme der Bundeschule durch unsern Verband ist zum ersten Mal für den Monat N o v e m b e r d. J., und zwar gemeinschaftlich mit dem Verband der Litographen und Steinbrucker und dem Buchbinderverband mit insgesamt 40 Teilnehmern, wovon 14 auf unsern Verband entfallen, vorgesehen. Die diesbezüglichen Voraussetzungen für die Zulassung oder Auswahl der Schüler und weitere Einzelheiten harrten noch der besonderen Beratung und Vereinbarung im Graphischen Bund; worüber näheres zu gegebener Zeit in den zuständigen Verbandsorganen veröffentlicht wird.

### Korrespondenzen

(Fortsetzung von Seite 230.) mit einer abendlichen Festakademie das denkwürdige Jubiläum sein Ende.

Norwegen. Der Konflikt in den Zeitungsbetrieben in Oslo ist beigelegt, und zwar in für die Arbeiter günstiger Weise. Nachdem ein Vorschlag auf weitere Giltigkeit der bisherigen Bedingungen abgelehnt war, wurde eine neue Schlichtungskommission ernannt, die mit einem neuen Vorschlag kam, der allen Arbeitern eine wöchentliche Zulage von 2,50 Kr. brachte. Ausgenommen hiervon sind nur Rotations- und Stereotypenausschichten, die durch die neue verbesserte Lohnskala schon diese Zulage erhalten. Einige Verbesserungen in den Ferienbestimmungen sind im Tarif aufgenommen. Ferner die wichtige Bestimmung: Im Jahre 1930 werden keine Beiträge eingestrichelt. Angesichts der großen Arbeitslosigkeit ist diese Bestimmung sehr zu begrüßen.

Schweden. Nach der Festlegung der Lebensunterhaltskosten ist auch im schwedischen Buchdruckergewerbe eine gewisse Stabilität der Lohnverhältnisse eingetreten. Dagegen hält die Arbeitslosigkeit immer noch an. — Trotz der ökonomisch schwierigen Zeiten hat die rührige Ortsgruppe M a l m ö (117 000 Einwohner) neulich ein schönes Haus im Zentrum der Stadt erworben, in dem das Verbandsbüro untergebracht ist; außerdem sind schöne Versammlungsräume vorhanden, während alles übrige günstig vermarktet ist.

Berlin. (S a n d s e h e r.) Auf der Tagesordnung unserer Versammlung am 17. April stand als erster Punkt ein Vortrag des Kollegen M a h l o (Vorhänger des Brandenburgerischen Maschinenherstellers) über „Mißbilligkeiten zwischen Hand- und Maschinensetzern.“ Er führte u. a. aus, das Klagen um die Erziehung werde und müsse Kämpfe erzeugen. Wenn man aber heute von einer Verwilderung der Sitten in bezug auf unser Versammlungsleben spreche, so treffe das nicht zu. Es sei heute nicht anders als es schon in der Vorkriegszeit war. Es sei selbstverständlich, daß die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen Klubschleichen hervorzurufen muß. Die Meinung aber, die Maschinensetzer seien egoistisch eingestellt, sei irrig. Redner ging auf einzelne Fälle ein, bei denen gegen die Maschinensetzer Vorwürfe erhoben worden sind, und verurteilte, den Standpunkt der Maschinensetzer zu rechtfertigen. Wo liege nun die Ursache, daß Mißbilligkeiten zwischen beiden Sparten vorhanden sind? Sie liege in der verschiedenen gewerkschaftspolitischen Einstellung der Sparten. Der Standpunkt, sich mit den gegebenen Tatsachen abzufinden, sei noch heute der der Buchdrucker im allgemeinen und der Handsetzer im besonderen. Die Maschinensetzer aber können auf dem Standpunkt, sich die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse schrittweise zu erkämpfen. Die Tarifverträge hätten den Organisationen alle Kampfmöglichkeiten genommen; auch die Stellung der politischen Arbeiterparteien den Tarifverträgen gegenüber sei früher eine andre gewesen als heute.

Wenn persönliche Bekämpfungen unterbleiben, so hoffe er, daß die heutige Versammlung der Ausgangspunkt zu einer Verständigung sein werde. Aus der regen, zeitweise recht lebhaften Aussprache, an der sich die Kollegen P e t e r s, P i e p e r, S c h i e l e r, P e t s o l d, G a b e n, K r u s e m a r t, K r e t s c h m e r, S c h e f f e r und K o t h e beteiligten, sei einiges hervorgehoben. Der Handsetzervorstand will zutage tretende Differenzen von Vorstand zu Vorstand erledigen und bietet trotz vorgekommener Mißbilligkeiten die Hand dazu. Im Hand der Statistik wird nachgewiesen, wie sich die vorhandene Arbeitslosigkeit zunahmten der Handsetzer verteilt und daß bei den Schwierigkeiten, die dem Handsetzer beim Übergang zum Maschinensetzberuf entgegenstehen, das ungünstige Verhältnis noch schlechter werden muß. In den Betrieben auftretende Differenzen, die meistens bei Entlassungen entstehen, müssen möglichst in den Betrieben selbst geregelt werden. Von den Maschinensetzern wird erwartet, daß sie ihre Kraft zum Nutzen der Allgemeinheit einsetzen. Unter „Vereinsmittelungen“ gab Kollege P e t e r s den derzeitigen Mitgliederstand und den Stand der Vereinstafel bekannt. In der Preussischen Druckerei ist das Verzeichnis abgefaßt worden, die Gewerkschaftsmitglieder zwischen 80 und 90 W. festgesetzt worden. Sieben über 65 Jahre alte, aus dem Betrieb ausscheidende Kollegen sollen einen Invalidentaufschuß von 20 bis 50 W. monatlich erhalten. Bei der Firma G e b r i n g & K e i m e r erhielten 16 Handsetzer 1 W. Zulage. — Die neuen Ferienbestimmungen (siehe „Korr.“) sind besonders zu beachten. Kollegen, die noch in der Staffeln stehen, haben, wenn sie in die höhere Staffel kommen, die

Stafelzulage zu fordern, auch wenn sie vorher schon einen ...

Arbeitskräfte, gewisse Krankheitserscheinungen unter ...

Arbeitskräfte, gewisse Krankheitserscheinungen unter ...

Arbeitskräfte, gewisse Krankheitserscheinungen unter ...

Jungenannten Kriegskinder, eher davon betroffen. Die Fest- ...

Arbeitskräfte, gewisse Krankheitserscheinungen unter ...

Arbeitskräfte, gewisse Krankheitserscheinungen unter ...

Arbeitskräfte, gewisse Krankheitserscheinungen unter ...

Allgemeine Rundschau

Gehilfenprüfungen. Im Bezirk Schweinfurt der ...

Gesetzliche Prüfungen. Im Bezirk Schweinfurt der ...

Das deutsche amtliche Schrifttum des Jahres 1929. In ...

Sind die schönsten Bücher auch die teuersten? Über diese ...

Rechtsgerichtsurteil über die Gratis-Verlage. Nachdem ...

